

DIE LINKE.MKK Kreistagsfraktion • Geschäftsstelle • Wilhelmstrasse 2 • 63450 Hanau

An den Vorsitzenden des Kreistages des Main Kinzig Kreises  
Herrn Rainer Krätschmer  
Barbarossastraße 16-24  
63571 Gelnhausen

**19. März 2014**

## **Kreistags Sitzung am 11. April 2014**

### **Antrag: Sozialtarif Energie**

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreisausschuss sowie die Aufsichtsratsmitglieder der kreiseigenen Energielieferanten werden beauftragt Verhandlungen mit dem Ziel zu führen, einen Sozialtarif für Menschen mit geringem Einkommen, insbesondere Bezieher von ALG II bzw. Sozialgeld und Rentnerinnen und Rentnern, einzuführen.

Ziel der Verhandlungen soll sein, einen spürbaren Preisnachlass auf die jährlichen Stromkosten und sonstigen Energiekosten, die von Betrieben an denen der Main-Kinzig-Kreis beteiligt ist vertrieben werden, für alle Bürgerinnen und Bürger im Main Kinzig Kreis mit einem niedrigen Haushaltseinkommen zu gewähren. Im Bereich der Energieversorgung sollte Ziel ein mindestens 20-prozentiger Preisnachlass sein.

Begründung:

Menschen mit einem Haushaltseinkommen sollen einen Preisnachlass auf ihre jährlichen Stromkosten gewährt bekommen. Bei einer angenommenen Jahresrechnung von zum Beispiel 200 Euro wäre ein Preisnachlass von 20 Prozent eine Minderung von 40 Euro.

Dies fordert beispielsweise auch der Sozialverbandes VdK. Im Kalenderjahr 2011 sei der Preis für leichtes Heizöl je nach Region um 25 bis– 28 Prozent gestiegen, für Gas und Fernwärme jeweils um 5 bis– 7 Prozent. 2010 habe das Beheizen einer 70-Quadratmeter-Wohnung mit Heizöl im Durchschnitt 850 Euro jährlich gekostet. Dann sind 200 Euro (+ 34,9 Prozent) mehr als 2009. 32,69 Euro sind davon für Strom und das Instandhalten der Wohnung vorgesehen. Das reicht jedoch nicht aus, wie die Berechnungen von Verivox zeigen: So zahlt ein Single-Haushalt mit 1500 kWh Jahresverbrauch von Januar 2014 an durchschnittlich 473 Euro im Jahr, monatlich also 39,42 Euro.

Damit sind die Leistungen für Hilfsbedürftige im Bereich Strom um mindestens 21 Prozent zu niedrig.

Nicht nur ALG II- Empfänger sondern auch viele Rentner, die mit ihrer kleinen Rente kaum mehr über die Runden kommen, können die Strom- und Heizöl-Rechnung nicht mehr bezahlen.

Einer Rentnerin, die wegen ihrer niedrigen Witwenrente Anspruch auf Wohngeld hat, gönnt man aber nicht den Heizkostenzuschuss von 24 Euro im Monat und das obwohl sich die Energiepreise seit 2009 im ständigen Anstieg befinden. Die steigenden Energiekosten belasten sozial schwächere Menschen zunehmend. Darauf muss die Politik reagieren.

Wir verweisen als positive Beispiele auf den Sozialtarif der Deutschen Telekom, der sogar eine 42-prozentige Ermäßigung beinhaltet und ebenso auf das Energieversorgungsunternehmen E.ON Bayern, welches seit dem 1. September 2006 im Rahmen eines einjährigen Modellprojektes 10.000 Kunden mit geringem Einkommen einen ermäßigten Stromtarif anbietet. Dieser Tarif wird seit 2008 auf andere Bundesländer ausgeweitet.

Laut neuem Energiebericht des Main-Kinzig-Kreises 2011/2012 sind die Stromkosten in öffentlichen Einrichtungen um 9,4% trotz Einsparungen beim Verbrauch und die Heizkosten um 8,7%.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Müller  
Fraktionsvorsitzender